

Minister Friedrich bringt Europa näher

- Politiker diskutiert mit Schülern über die EU
- Projekttag am Berufsschulzentrum Stockach

VON LISA-MARIA PESCHGES
UND ANN-KATHRIN BLASER

Stockach – Persönlich mit einem Politiker diskutieren zu können, der verständlich und mit vielen Beispielen gespickt Europa nach Stockach bringt – das machte den Besuch des Landesministers Peter Friedrich am Berufsschulzentrum (BSZ) Stockach zu einem interessanten Erlebnis. „Der Tag war sehr interessant, Peter Friedrich hat die politischen Themen Europas gut erklärt, ohne viel Fachsimpelei“, fand die Schülerin Carolin Sandmann.

„Vor zwei Jahren habe ich als Abgeordneter das EU-Projekt begleitet. Nun wollte ich sehen, was sich seitdem getan hat“, erklärte der Minister für Bundesrat, Europa und Internationale Angelegenheiten den Anlass seines Besuches. Rektor Karl Beirer freute sich, dass Friedrich von sich aus an der Stockacher Schule anfragte, um den EU-Projekttag am BSZ zu begehen. Die Landesgrenzen zu überqueren, bei den europäischen Nachbarn einzukaufen, zu leben oder zu arbeiten – das alles sei „für uns selbstverständlich“ sagte der SPD-Politiker. Es sollte aber nicht vergessen werden, dass es wichtig ist, „Europa und seine Werte zu verteidigen und auszubauen“, mahnte Friedrich. Deutschland profitiere wie kein anderes Land von der EU.

Die Schüler des Berufskollegs Wirtschaft I und II hatten sich mit der Geschichte, den Themen und der Struktur der Europäischen Union beschäftigt. Anschaulich auf Plakaten und mit ihren Präsentationen zeigten sie dem Minister, was sie sich zum Thema Europa erarbeitet hatten.

Die Mitschüler der Industriekaufleute stellten ihre Ausbildung mit der Zusatzqualifikation europäisches/internationales Wirtschaftsmanagement mit Fremdsprachen in einer Präsentation vor. Das Besondere am dualen Berufskolleg sei neben dem Fach „Inter-



Bei einem Projekttag zur Europäischen Union diskutiert Landesminister Peter Friedrich mit den Schülern des Berufsschulzentrums Stockach über die Eurokrise, die Chancen auf dem internationalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und die Zukunft Europas. BILD: ANN-KATHRIN BLASER

Zur Person

Peter Friedrich, 40, ist seit dem grün-roten Wahlsieg im vergangenen Jahr Minister für Bundesrat, Europa und Internationale Angelegenheiten in Baden-Württemberg. Von 2005 bis 2011 war er Mitglied im Bundestag. Heute ist er im Bundesrat Vorsitzender des Europa-Ausschusses. Peter Friedrich ist verheiratet, hat zwei Kinder und wohnt in Konstanz.

nationale Volks- und Betriebswirtschaftslehre“ auch die Schwerpunktlehre auf Fremdsprachen. Die Lehre wird durch einen vier- bis achtwöchigen Auslandsaufenthalt ergänzt.

Das Thema ihrer Chancen im internationalen Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt war den Schülern offenkundig wichtig. Bei der Diskussion fragten sie den Minister, inwieweit Ausbildungen im Ausland anerkannt werden und ob ihre Ausbildung am Berufsschulzentrum auch in Gänze anerkannt wird. „Ihre Ausbildung sollte grundsätzlich im Ausland anerkannt werden“, sagte Friedrich. Es sei vor kurzem eine Berufsanerkennungsrichtlinie auf den Weg gebracht worden.

Peter Friedrich hob zunächst die Rolle Baden-Württembergs in Europa hervor. „Baden-Württemberg ist das europäische Herzland“, sagte Friedrich. Das Bundesland sei bei den Themen Bildung, Mittelstand und Energiewende sehr gefragt in Europa. Man müsse gute Kontakte vertiefen und den Austausch

mit dem Ausland pflegen.

Als relevant angesehen in der EU betrachtet der SPD-Genosse unter anderem die berufliche Tätigkeit im angrenzenden Ausland. „In diesem Fall hat die EU großen Einfluss auf unseren Alltag“, meinte Friedrich. Es sei wichtig, entsprechende Rahmenbedingungen für Grenzgänger zu bieten.

Nach dem Projekttag zeigte sich Peter Friedrich motiviert: „Die Diskussion mit den Schülern war gut. Die Tatsache, dass es solche Ausbildungsgänge gibt, bestärkt mich darin, weiter initiativ zu sein.“ Es sei schön, dass die Schüler viele Möglichkeiten der EU annehmen und auch einfordern. Sie gehöre für die jungen Leute zum Alltag.

Meinungen der Schüler im Internet:
www.suedkurier.de/bilder

Die Fragen der Schüler und die Antworten des Ministers zur Europäischen Union

Die Schüler des Berufsschulzentrums Stockach löcherten Minister Peter Friedrich mit Fragen zum politischen Überleben der EU.

Herr Friedrich, wenn Griechenland vorerst weiterhin ohne Regierung bleibt, was bedeutet das für die Europäische Union und die Länder, die viel Geld für die Rettung gegeben haben?

Auch wenn Griechenland momentan keine Regierung bilden kann, besteht trotzdem kein rechtsleerer Raum. Griechenland ist Mitglied der EU und deshalb gilt dort EU-Recht und geschlossene Verträge sind bindend, egal, wer

an der Macht ist. Die Situation zeigt aber: Wir brauchen mehr Gemeinschaftsrecht, zum Beispiel sollte die EU einheitlich für Steuern zuständig sein.

Inwiefern würden einheitliche Steuern helfen?

Es ist ein Geburtsfehler der EU, dass es eine gemeinsame Währung, nicht aber eine gemeinsame Finanzpolitik gibt. Natürlich müssen auch Schulden gemacht werden, damit der Wirtschaftskreislauf funktioniert. Aber die Schulden müssen ein Maß haben, das für die Länder tragbar bleibt.

In welcher Sprache unterhalten Sie sich auf EU-Ebene?

Englisch und Deutsch fungieren als Mittlersprachen. Ich unterhalte mich auch auf Französisch, aber für fachliche Gespräche sind meine Kenntnisse nicht ausreichend. Die Sprachenvielfalt in Europa wird manchmal unterschätzt. Das Problem in den Diskussionen ist, dass beim Dolmetschen viele Feinheiten der Sprache verloren gehen. Doch eine Demokratie ohne Streit ist keine richtige Demokratie. Deswegen fehlt in vielen politischen Diskussionen auf EU-Ebene die Spannung.

Warum bestehen innerhalb der EU unterschiedliche Lohnniveaus in den Ländern? Warum werden sie nicht angeglichen?

Teilweise, wie derzeit in Rumänien, gibt es eine Angleichung der Löhne zu den wirtschaftsstarke Nationen. Die Produktivität in den wirtschaftlich schwächeren Ländern ist jedoch geringer, die Arbeiter sind schlechter ausgebildet und haben keine Maschinenparks wie in Deutschland zur Verfügung. Es gibt Beispiele in Baden-Württemberg, wie die Firma Liebherr aus Biberach, die an ihrem Standort in Bulgarien eine Berufsschule aufgebaut hat.